

Kein Vertrauen in das Recht, die Gesetzgebung und die Justiz



Lebens- und Rückkehrbedingungen für afghanische Flüchtlinge

Der Völkerrechtler und
Abgeordnete **Prof. Dr. Norman
Paech** ist Mitglied
des Auswärtigen Ausschusses
des Deutschen Bundestages.

**Der Bundestags-
abgeordnete Prof. Dr.
Norman Paech (Die
Linke) hatte Afghanistan
im April 2009 besucht.
Vorgefunden hat er ein
Land, das sozial und
wirtschaftlich ruiniert ist
und dessen Bevölkerung
zwischen korrupten Eliten
und militärischer Gewalt
zermürbt wird.
Am 2. Juni berichtete
Norman Paech
auf Einladung des
Flüchtlingsrates und
der lokalen Diakonie in
Norderstedt von seiner
Reise.**

Jeder zweite Afghane – 85 % der Bevölkerung lebt auf dem Land – gilt als arm, d.h. er lebt unter der Armutslinie. Gut 20 % der ländlichen Bevölkerung konsumieren weniger als 2.070 kcal/Tag, das UNO-Minimum liegt bei 2.200 kcal/Tag, acht Millionen Menschen leiden Hunger.

Mangel, Armut, Hunger

Die Kinder- und Müttersterblichkeit ist nach wie vor eine der höchsten in der Welt und die durchschnittliche Lebenserwartung ist mit 46 Jahren zwanzig Jahre kürzer als die in den Nachbarstaaten. 80 % der toten Kinder unter fünf sind auf Grund vermeidbarer Krankheiten gestorben und die UNO hat schon vor einigen Jahren über 500.000 behinderte Waisen geschätzt. Nur 25 % der Bevölkerung hat Zugang zu sauberem Trinkwasser. Armut zeigt sich jedoch nicht nur in den Kategorien von Einkommen und Versorgung, sondern auch in den psychischen und allgemein gesundheitlichen Verwüstungen, die der Krieg in diesen Jahrzehnten unter den Menschen ange richtet hat. Die männliche Bevölkerung ist dezimiert, es gibt Millionen von Witwen und viele der oft traumatisierten Kinder haben die Stelle der Ernährer einzunehmen und sind froh, wenn sie fünf Cent in der Stunde verdienen.

Totale Importabhängigkeit

Offiziell liegt die Arbeitslosigkeit der arbeitsfähigen Bevölkerung bei über 40 %. Es gibt so gut wie keine Industrie, die den täglichen Lebensbedarf decken könnte. Alles wird aus den Nachbarländern importiert. Die Politik des offenen Marktes bietet keinen Schutz, unter dem sich

eine einheimische Industrie entwickeln könnte. Nur Brot, Gemüse und Obst stammen aus heimischer Produktion. Selbst Trockenfrüchte, ein traditionelles Exportgut, werden billig nach Pakistan verkauft, da es im Lande keine Lagerungsmöglichkeiten gibt. Zu vielfach höheren Preisen werden sie später nach Afghanistan reimportiert. Die einstmals blühende Baumwollindustrie der Spinzar-Fabriken, die nicht nur ihren Firmengründer Nasher, sondern auch die Region um Kunduz wohlhabend gemacht hat, ist angesichts der ungebremsen Konkurrenz aus China und Indien chancenlos, die kümmerliche Produktion mit einem vierzig Jahre alten Maschinenpark am Leben zu erhalten, geschweige denn wieder aufzubauen. Versuche, staatliche Unterstützung zu erhalten, sind fehlgeschlagen.

Mohnanbau und Drogenökonomie

Der einzig blühende Produktionssektor ist nach wie vor der Mohnanbau. Selbst wenn die UNO angibt, dass der Anbau im vergangenen Jahr um 19 % gefallen sei und jetzt 20 der 34 Provinzen mohnfrei seien, so erreichte die Jahresernte 2008 immer noch 8.200 Tonnen (nach afghanischen Angaben, die UNO gibt 7.700 Tonnen an), 80 % aus der Provinz Helmand. Für dieses Jahr wird in Afghanistan eine Rekordenernte von über 9.000 Tonnen Rohopium erwartet. Mit dem Drogengeld werden nicht nur die neuen Villen und Landcruiser bezahlt, sondern auch der Waffennachschub finanziert. Zudem schätzt die UNO inzwischen über eine Million Drogenabhängige. Die Vermutungen, dass die ausländischen Truppen in der einen oder anderen Form am Drogenhandel beteiligt sind, beru-

hen zwar nicht auf konkreten Beweisen, bilden aber selbstverständlichen Teil eines jeden Gesprächs.

Politik der Korruption und Strafflosigkeit

Eines der größten Probleme des Landes ist nach wie vor die Korruption – sowohl Ursache wie auch Folge der desolaten Situation. Von den 15 Mrd. Euro, die seit 2001 in das Land geflossen sind, weiß niemand so richtig, wo sie geblieben sind. Die Korruption wird inzwischen offen von Präsident Hamid Karzai eingeräumt und ihre Bekämpfung versprochen. Dabei hat gerade die Regierung wegen ihrer weitgehenden Unfähigkeit und Korruption nur noch geringe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung.

Auch die demokratische Legitimierung von Warlords, Kriegsverbrechern und Drogenbaronen durch ein Mandat im Parlament erzeugt starke Kritik und Abneigung gegen diese Institution. Der Versuch, die einstigen Kriegsverbrecher durch ein Amnestiegesetz vor gerichtlicher Verfolgung zu schützen, ist vorerst an der allgemeinen Empörung im Lande und am internationalen Druck gescheitert. Das Gleiche gilt für das gerade von Karzai unterzeichnete Familiengesetz für die schiitische Bevölkerung, das den Status der Frauen noch weiter ins Mittelalter zurückversetzen wollte.

Auch die dritte demokratische Institution, die Justiz, um deren Aufbau sich die westlichen Staaten bemühen, steht unter dem Generalverdacht der Korruption und Mittäterschaft. Die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) sammelt seit einiger Zeit Zeugnisse und Beweise für die Verbrechen, die durch das Auffinden immer neuer Massengräber ans Tageslicht kommen. Nicht nur die ca. 65 000 Toten, die auf das Konto der Mujaheddin-Führer Gulbuddin Hekmatyar und Burhanuddin Rabbani während ihrer Besetzung Kabuls gehen, sondern auch zahlreiche Morde in den Jahren davor unter sowjetischer Besetzung und danach zur Zeit der Taliban, sind gerichtlich nicht aufgearbeitet. Die Association misstraut der afghanischen Justiz jedoch derart tiefgreifend, dass sie die gesammelten Beweise, zu denen fast täglich mehr kommen, dem Internationalen Strafgericht (ICC) in Den Haag für die notwendigen Anklagen vorlegen wollen.

Sri Lanka

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) hat ein Update ihrer Länderanalyse zu Sri Lanka, Juli 2009, veröffentlicht. In ihrem Ausblick findet sie klare Worte: „Dass der UNO-Sicherheitsrat sich gegenüber der schrecklichen Lage der Zivilbevölkerung im Kampfgebiet indifferent gezeigt hat, sogar sich weigert, diese Ereignisse zu diskutieren, ist aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen ein Versagen von historischen Proportionen. (...)“

Was mit in Sonderlagern inhaftierten oder verschwundenen LTTE-Kadern oder Sympathisanten geschehen ist und noch immer geschieht, ist ungewiss. Auch wenn es Ziel sein mag, dass ein Teil von ihnen Integrationsprogramme durchlaufen soll, muss angesichts der jahrelangen katastrophalen Menschenrechtsbilanz der Regierung und der fehlenden Bereitschaft, Missbräuche aufzudecken und zu verfolgen, befürchtet werden, dass Folter, Tötungen und Verschwindenlassen zum Einsatz kommen. (...) Eine Rückkehr zum Rechtsstaat, die Auflösung der regierungsnahen Milizen, die Ahndung der Menschenrechtsverletzungen liegen in weiter Ferne“.

Quelle: www.fluechtlingshilfe.ch

Militärische Situation

Es wird inzwischen selbst von den USA eingeräumt, dass der Widerstand im Lande nicht militärisch zu besiegen ist. Diese Ansicht wird von der ISAF in Kunduz geteilt. Man hat sich von der Vereinfachung verabschiedet, jeden Widerstand den Taliban zuzuschreiben und diese mit den Pashtunen zu identifizieren. Man spricht deshalb von „insurgency“ und „Insurgenten“. Sie sind in den sog. Konfliktregionen allgegenwärtig und unberechenbar.

US-Spezialtruppen der OEF führen immer wieder militärische Aktionen im Operationsgebiet der deutschen ISAF aus, ohne vorher die deutsche Führung zu unterrichten. Das Ansehen der deutschen Truppen in der afghanischen Bevölkerung ist nicht nur dadurch rapide gesunken und sinkt nach Auskunft von Paechs Gesprächspartnern immer weiter. Ausdruck dieses Vertrauensverlustes ist die Tatsache, dass sich die Soldaten nicht mehr auf den Märkten, in den Straßen oder bei den beliebten Reiterspielen „Buskashi“ frei bewegen können.

Der Oberkommandierende der US-amerikanischen Truppen, Michael Mullen, sieht selber ein „sehr aktives Jahr“ voraus, in dem die Gewalt und das Blutvergießen sich erheblich steigern werden. Dennoch ist die militärische Aufrüstung für ihn eine notwendige Voraussetzung für die Verbesserung der Sicherheit in den nächsten zwölf Monaten. Die Taliban haben bereits das Gegenteil angekündigt, und nichts deutet

darauf hin, dass das leere Sprüche sind. Die Eskalation ist damit vorprogrammiert.

Schlussfolgerungen

Der ehemalige Ingenieur Aziz Rafiee, seit einigen Jahren Leiter des „Afghan Civil Society Forum“ (ACSF), einer Dachorganisation zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, benennt fünf tiefgreifende Krisen der gegenwärtigen afghanischen Gesellschaft: Die größte Krise sei der Mangel an Vertrauen, der alle Teile der Gesellschaft, selbst seine Organisation ergriffen habe. Die zweite Krise sei das Fehlen einer Identität, die Menschen wüssten nicht, wer sie seien, die Gesellschaft sei vollkommen gespalten und fragmentiert. An dritter Stelle stehe die Armut, die der Grund für alle derzeitigen Übel in Afghanistan sei. An vierter Stelle komme die Krise der Rechtsstaatlichkeit (rule of law), es gebe kein Vertrauen in das Recht, die Gesetzgebung und die Justiz. Erst an fünfter Stelle erwähnt er den Krieg, die militärischen Auseinandersetzungen mit den Aufständischen und die Anwesenheit der ausländischen Truppen. In der einen oder anderen Form haben diese Probleme in allen Gesprächen eine Rolle gespielt, erklärt Norman Paech abschließend.